

Wahlprüfsteine des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg

Am 13. März 2016 wird der 16. Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg hat hierfür zehn Wahlprüfsteine definiert. Diese gingen an die CDU, Grüne, SPD, FDP, Linke und AfD. Im Folgenden sind die Fragen und Antworten abgedruckt. Von der AfD ist keine Antwort eingegangen. Mit diesen Wahlprüfsteinen haben die wahlberechtigten Feuerwehrangehörigen eine Grundlage für ihre Entscheidung bei der Wahl am 13. März 2016, soweit sie das Feuerwehrwesen in Baden-Württemberg betrifft. Auch bei der Regierungsbildung und der Arbeit des Landtages in den kommenden fünf Jahren wird der Landesfeuerwehrverband auf die Antworten der Parteien hinweisen, wenn dies geboten ist. Die Fragen sind vom Vorstand des Landesfeuerwehrverbandes beschlossen worden.

1. Wie sehen Sie die Entwicklung der baden-württembergischen Feuerwehren in den nächsten Jahren jeweils bezogen auf die Freiwilligen Feuerwehren, die Berufsfeuerwehren und die Werkfeuerwehren?

CDU:



Guido Wolf, CDU

Unzählig viele Feuerwehrfrauen und -männer haben seit Bestehen des Landes Baden-Württemberg ehrenamtlich oder hauptberuflich in den freiwilligen Feuerwehren, in den Berufs- und Werkfeuerwehren in vielen Einsätzen Menschen, Tiere und Sachwerte gerettet, geborgen und geschützt. Oft geschah und geschieht dies unter Einsatz der eigenen körperlichen Unversehrtheit und sogar des Lebens.

Alle, die sich im baden-württembergischen Feuerwehrwesen engagieren und Verantwortung tragen, können auf ihre Arbeit stolz sein. In den Werkfeuerwehren, in den Gemeinden, in den Stadt- und Landkreisen, in den Regierungsbezirken, im gesamten Land leisten die Feuerwehrangehörigen Enormes und bewirken viel

Gutes. Es ist wichtig, dass sich die Menschen in Baden-Württemberg auch in Zukunft auf „ihre“ Feuerwehr verlassen können.

Das derzeitige Nebeneinander zwischen Werk-, Berufs- und freiwilligen Feuerwehren in Baden-Württemberg hat sich dabei aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion bewährt. Für eine Reform der derzeitigen Struktur sehen wir daher keinen Anlass.

GRÜNE:



Ministerpräsident Winfried Kretschmann, GRÜNE

Die Feuerwehren leisten eine sehr wichtige und unersetzliche Arbeit für unser Land. Für dieses Engagement sind wir sehr dankbar und setzen uns dafür ein, dass die Feuerwehren gute Rahmenbedingungen vorfinden. Wir sehen die Notwendigkeit der Personalgewinnung in allen drei Bereichen.

Die Freiwilligen Feuerwehren sehen sich der Situation gegenüber, dass aufgrund des veränderten Freizeitverhaltens – und speziell bei Kindern und Jugendlichen wegen der schulischen Anforderungen – die Bereitschaft zum Ehrenamt abnimmt.

Die Berufs- und Werkfeuerwehren stehen in einer Konkurrenz mit der Industrie um gut qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber.

Für die Werkfeuerwehren wollen wir zusammen mit den Wehren klären, ob verbindliche Qualitätsstandards für die Ausbildung zum Werkfeuerwehrangehörigen ein geeignetes Mittel sind (analog NRW oder Sachsen-Anhalt). Ausbildungsgänge zum Berufsfeuerwehr-Fachmann oder zum IHK-geprüften Werkfeuerwehrmann erscheinen sinnvoll.

SPD:



Dr. Nils Schmid, SPD

Wir wollen die Entwicklung der Feuerwehren im Rahmen unserer rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten so unterstützen, dass diese für die Zukunft gut aufgestellt sind. In erster Linie sind hierbei die Gemeinden gefragt, die eine leistungsfähige Feuerwehr aufstellen, ausrüsten und unterhalten. Das Land muss selbstverständlich aber für gute Rahmenbedingungen sorgen. Daher haben wir im Blick, dass aufgrund der demografischen Entwicklung Maßnahmen getroffen werden müssen, die den

Personalbestand der Feuerwehren auf Dauer sicherstellen. Für uns ist klar: Die Sicherheit der Bürgerschaft hat oberste Priorität.

Bezogen auf die Entwicklung der Freiwilligen Feuerwehr bedeutet dies insbesondere die Gewinnung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich freiwillig ehrenamtlich für die Übernahme von wichtigen gemeindlichen Aufgaben bei der Feuerwehr einsetzen.

Hinsichtlich der Entwicklung der Berufsfeuerwehr heißt dies für uns, dass im Rahmen der allgemeinen Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt sichergestellt werden muss, dass gut qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber gewonnen werden. Hierzu sollen die Möglichkeiten des Beamtenrechts ausgenutzt werden z. B. über Sonderzuschüsse für Anwärterinnen und Anwärter sowie Sonderaltersgrenzen.

Bezogen auf die Entwicklung der Werkfeuerwehren ist für uns selbstverständlich, dass auch hier geeignete Bewerberinnen und Bewerber gewonnen werden müssen. Außerdem muss die Ausbildung stärker an berufliche Qualifikationen angepasst werden.

FDP:



Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP

Der Brand- und Katastrophenschutz ist eine Aufgabe, die ganz entscheidend von Freiwilligen Feuerwehren, Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren geleistet wird.

Freiwillige Feuerwehr: Im Unterschied zu anderen Ländern in Europa spielt das ehrenamtliche Engagement dabei eine zentrale Rolle. Als Freie Demokraten ist uns das sich im Ehrenamt

ausdrückende selbstverantwortliche Handeln des mündigen Bürgers besonders wichtig. Wir wollen daher, dass auch in Zukunft die freiwillige Feuerwehr eine der Säulen des Brand- und Katastrophenschutzes ist. Hierfür ist die Nachwuchsgewinnung elementar wichtig. Die Freiwillige Feuerwehr konkurriert dabei in unserer Freizeitgesellschaft mit anderen Angeboten wie Sportvereinen oder Computerspielen. Angesichts dieser Situation muss vor allem vor Ort geschaut werden, wie Kinder und Jugendliche für den Einsatz bei der Feuerwehr gewonnen werden können. Wie schon in der Vergangenheit werben wir daher für eine Zusammenarbeit von Kommunalverwaltung, Kommunalpolitikern und den Feuerwehren, wie sie in vielen Gemeinden schon existiert. Darüber hinaus hat auch die Politik dafür Sorge zu tragen, dass die Feuerwehr angemessen ausgestattet ist. Mit der Änderung des Feuerwehrgesetzes Ende 2015 wollen auch wir die Zukunftsfähigkeit der Feuerwehr unterstützen. Wir müssen aber im Auge behalten, ob sich die neuen Regelungen in der Praxis bewähren. Dazu und auch zu anderen Themen stehen wir der Feuerwehr für Gespräche zur Verfügung. Ausdrücklich unterstützen wir das Strategiepapier FREIWILLIG.stark!.

Berufsfeuerwehr: In den großen Zentren des Landes sind Berufsfeuerwehren unabdingbar. Wir freuen uns über ihre Kooperation mit Werkfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr. Unter anderem, um auch in diesem Bereich des öffentlichen Dienstes die Personalgewinnung zu erleichtern, wollen wir die falsche Besoldungspolitik der grün-roten Landesregierung beenden und die Absenkung der Eingangsbesoldung aufheben.

Werkfeuerwehr: Werkfeuerwehren zeugen von der großen Verantwortung, die Unternehmen tragen. Ihr Spezialwissen, ihre besondere Ausrüstung und ihre Mitarbeiter stellen sie im Rahmen von Kooperationen immer wieder über das Betriebsgelände hinaus dem Brandschutz zur Verfügung. Wir schätzen dies und wollen die Kooperationen weiter fördern.

LINKE:



Bernd Rixinger, LINKE

Bei der Freiwilligen Feuerwehr sehen wir eine leicht positive Entwicklung, wenn es gelingt, verstärkt im Bereich von Migrantinnen und Migranten neue Aktive zu gewinnen und ebenfalls den Anteil der Frauen weiter zu erhöhen. Auch die Freiwilligen Feuerwehren tragen bereits verstärkt zur Integration von Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft bei. Ein weiterer Baustein für eine flächendeckend funktionierende Feuerwehr ist der Ausbau von Jugendfeuerwehren durch Kooperationen mit Schulen. Das Strategiepapier FREIWILLIG.stark! gibt für eine zukunftsweisende Entwicklung der Freiwilligen Feuerwehren wichtige Impulse.

Im Bereich der Berufsfeuerwehren teilen wir die Einschätzung von Herrn Knödler, Präsident des Landesfeuerwehrverbandes, dass mittelfristig ein stärkerer Einsatz von hauptamtlichen Kräften auch in Kommunen mit mehr als 40.000 Einwohnern unumgänglich sein wird. Diese müssen gut bezahlt werden. Die hauptamtliche Feuerwehr sehen wir als sozialen Beruf und soziale Berufe werden zu schlecht bezahlt im Land.

2. Wie können die Rahmenbedingungen der ehrenamtlichen Arbeit in den Feuerwehren des Landes weiter verbessert werden?

CDU:

Gerade die Freiwilligen Feuerwehren sind ein starker Pfeiler der ehrenamtlichen Hilfs- und Einsatzbereitschaft in Baden-Württemberg. Zusammen mit

den Berufsfeuerwehren, den Hilfsorganisationen und dem Katastrophenschutz sind sie für die Innere Sicherheit unerlässlich. Für die CDU-Fraktion hat das ehrenamtliche Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren einen hohen Stellenwert. Dieses Ehrenamt hat ein Alleinstellungsmerkmal: das Wahrnehmen einer hoheitlichen Pflichtaufgabe in der Gefahrenabwehr.

Das wirksamste Instrument der Förderung des Ehrenamtes ist die Anerkennung der Arbeit der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Freiwilligen Feuerwehr (sowie der übrigen Hilfsorganisationen) in Wort und Tat, z. B. durch Bereitstellung einer hochwertigen persönlichen Schutzausrüstung sowie einer zweckmäßigen und zeitgemäßen Dienstkleidung, einer dem aktuellen Stand der Technik entsprechenden feuerwehrtechnischen Fahrzeug- und Geräteausstattung, einer zeitgemäßen und funktionalen Ausstattung der Feuerwehrgerätehäuser sowie einer fachlich aktuellen und ansprechend gestalteten Aus- und Fortbildung (z. B. durch Realbrandtraining und Flash-over-Ausbildung).

Oftmals merken viele Betroffene nicht, dass die Einsätze von Ehrenamtlichen geleistet werden, weil ihnen äußerst schnell und sehr professionell geholfen wird. Diese herausragenden Leistungen für die Gesellschaft müssen gewürdigt werden. Es ist wichtig, den Ehrenamtlichen ein Stück von dem zurückzugeben, was sie jeden Tag leisten und ihnen die Anerkennung zu verschaffen, die ihnen gebührt, und ihre Wahrnehmung durch die Gesellschaft deutlich zu verbessern.

GRÜNE:

Das Ehrenamt bei der freiwilligen Feuerwehr sollte mehr Würdigung erfahren durch ideelle und monetäre Entschädigungsmöglichkeiten der Gemeinden. Die Arbeit der Ehrenamtlichen sollte durch Hauptamtliche (wie Gerätewarte oder Geschäftsführer) unterstützt und entlastet werden. Wichtig sind für uns gute Ausbildungsmöglichkeiten für das Ehrenamt bei der Freiwilligen Feuerwehr – z. B. an der dann neu gebauten Landes-

feuerwehrscheule – damit die Feuerwehrangehörigen auch über ihr Engagement hinaus einen Mehrwert für ihren Beruf erhalten.

SPD:

Die ehrenamtliche Arbeit in den Feuerwehren ist für das Funktionieren unseres Gemeinwesens sowie für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar und kann deshalb nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das ehrenamtliche Engagement bei der Feuerwehr trägt wesentlich dazu bei, dass die Gemeinden ihren Aufgaben zur Unterhaltung einer Feuerwehr als Gemeindeeinrichtung nachkommen können. In erster Linie ist es Aufgabe der Gemeinden, den Feuerwehrdienst attraktiv aufzustellen und gute Bedingungen für das Ehrenamt zu schaffen. Aber auch das Land wird aus unserer Sicht seinen Beitrag dazu leisten. Deshalb haben wir im Rahmen der Novelle des Feuerwegesetzes klar geregelt, dass die Gemeinden die Befugnis haben, den Angehörigen der Gemeindefeuerwehr als Freiwilligkeitsleistung finanzielle Unterstützung, vor allem zur Erholung, Aufrechterhaltung und Wiederherstellung ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit zu gewähren. Die auf Dauer mögliche Einschränkung auf die Wahrnehmung einzelner Tätigkeiten des Feuerwehrdienstes (siehe Punkt 3) dient auch der besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt.

Die ehrenamtliche Arbeit muss aus Sicht der SPD durch die Schaffung guter Ausbildungsmöglichkeiten unterstützt werden. Dies umfasst z.B. den Neubau der Landesfeuerwehrscheule und die Implementierung der Akademie für Gefahrenabwehr an der Landesfeuerwehrscheule. Außerdem müssen Feuerwehrangehörige nach Unfällen infolge schicksalbedingter Leiden abgesichert werden. Das Land übernimmt bei schicksalbedingten Leiden die Zahlung als Freiwilligkeitsleistung.

FDP:

Die Probleme der ehrenamtlichen Arbeit sind vielfältig, von den staatlichen Ebe-

nen sind Kommunen, Land und Bund gefordert. Die eine einfache Lösung haben wir deshalb nicht. Mit der Reform des Feuerwegesetzes Ende 2015 haben wir einen Schritt in die richtige Richtung unternommen. Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation werden auch im Strategiepapier FREIWILLIG.stark! aufgezeigt. In Regierungsverantwortung werden wir über die bisherigen Gespräche mit den Beteiligten hinaus, Möglichkeiten der Umsetzung der Vorschläge diskutieren und sodann anpacken.

LINKE:

Die im Rahmen des Strategiepapiers FREIWILLIG.stark! vom Landesfeuerwehrverband vorgeschlagenen Maßnahmen und Rahmenbedingung zur Verbesserung der ehrenamtlichen Arbeit in den Feuerwehren unterstützen wir.

3. Welche Maßnahmen sind denkbar, um die Personalstärke vor allem der Freiwilligen Feuerwehren insbesondere an Werktagen zu stabilisieren oder gar zu verbessern?

CDU:

Auch die Feuerwehren sind von den Folgen des demografischen Wandels betroffen. Um die Feuerwehr gut für die Zukunft aufzustellen und den Personalbestand zu sichern, wollen wir das Ehrenamt attraktiver machen. Zur Nachwuchsgewinnung wird daher vorgeschlagen, Anreizsysteme einzusetzen. Regelungen, beispielsweise zu Ein- und Austritt aus der Feuerwehr oder zur Pflichtbefreiung in bestimmten Lebensphasen steigern die Attraktivität des freiwilligen Feuerwehrdienstes.

Die öffentliche Anerkennung des Feuerwehrdienstes als soziale Kompetenz sollte gefördert werden. Der Staat als Arbeitgeber sollte hier eine Vorbildfunktion einnehmen.

Wichtig wäre zudem eine zentral gesteuerte langfristig angelegte Werbekampagne zur Mitgliederwerbung. Dies setzt eine zielgruppenspezifische Intensivierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit voraus. Das Land müsste hier

die entsprechende Initiative in Richtung Kommunen und Landesfeuerwehrband starten.

GRÜNE:

Einige haben wir unter 2. bereits benannt.

Die Freiwilligen Feuerwehren sollten auch um Bevölkerungsgruppen werben, welche der Feuerwehr traditionell noch nicht nahestehen (z. B. an Frauen und Migranten). Für Familien (Eltern) sollten die Rahmenbedingungen für die Mitwirkung bei der Freiwilligen Feuerwehr familienfreundlich ausgestaltet werden.

SPD:

Wir haben vor kurzem das Feuerwehrgesetz novelliert, um die Feuerwehren für die Zukunft mit den erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen auszustatten, die für die Aufgabenerledigung unter sich wandelnden Rahmenbedingungen erforderlich sind. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist anzunehmen, dass sich der Personalbestand der Feuerwehren verringern wird. Deshalb haben wir das Feuerwehrgesetz so geändert, dass auch Personen in den Gemeindefeuerwehren Dienst leisten können, die nur einzelne Tätigkeiten wahrnehmen wollen oder können. Wir möchten nun abwarten, wie sich diese Änderung auswirken wird und werden diese bei Gelegenheit auf weiteren Änderungsbedarf überprüfen.

FDP:

Bezüglich der Tagesalarmsicherheit kommt es trotz hoher absoluter Mitgliederzahlen in den Gemeinden zunehmend zu Problemen, da tagsüber zu wenige Einsatzkräfte im Ort zur Verfügung stehen. Junge Menschen arbeiten entfernt von ihren Wohnstätten, sodass sie kaum noch schnell in den Einsatz im Wohnort gehen können. Dem kann man z. B. dadurch entgegenwirken, dass tagsüber eine Nachbarfeuerwehr sofort mitalarmiert wird. Zudem hat die letzte schwarz-gelbe Landesregierung im Hinblick auf die Tagesverfügbarkeit bei der Änderung des Feuerwehrgesetzes die Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft in

mehreren Feuerwehren geschaffen, damit Feuerwehrangehörige neben dem Feuerwehrdienst an ihrem Wohnort auch in derjenigen Gemeinde Dienst leisten können, in der sich ihre Arbeits- oder Ausbildungsstelle befindet. Auch haben wir das Eintrittsalter in die Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren auf das 17. Lebensjahr abgesenkt, um den Übertritt von der Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilung zu erleichtern.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung erscheint uns eine Aktivierung der aus dem Berufsleben ausgeschiedenen Feuerwehrangehörigen ein richtiger Ansatz zu sein. Klar ist aber, dass damit nicht die Altersgrenze ausgehöhlt werden soll. Auch wenn der Personalstand in den Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehren noch als ausreichend bewertet wird, könnte ein Zuwachs der Feuerwehr durch Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund auch die vor Ort erreichbaren Kräfte erhöhen. Beide Bevölkerungsgruppen sind bei der Feuerwehr noch unterrepräsentiert.

LINKE:

Das Werben von Freiwilligen für die Feuerwehren insbesondere in den Kommunalverwaltungen sowie entsprechende Anreizsysteme hierfür halten wir für eine erfolgsversprechende Strategie. Auch die direkte Kooperation mit ortsansässigen Betrieben sowie Anreize für Betriebe, die ihren Mitarbeitern die Mitarbeit in den Freiwilligen Feuerwehren erleichtern, kann beitragen, die Personalstärke auch an Werktagen zu stabilisieren. Die hierfür gegebenenfalls notwendigen Rahmenbedingungen auf Landesebene wird DIE LINKE unterstützen.

4. Wie stellen Sie sich die Förderung der Arbeit in den Jugendabteilungen der Gemeindefeuerwehren vor ebenso wie auf Landesebene bei der Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg?

CDU:

Die Jugendfeuerwehr schult Kinder und Jugendliche in einer Art und Weise fürs

Leben, wie es sonst kein Hobby oder Verein kann. Hier lernt man, was Kameradschaft und Miteinander bedeuten. Ohne die Jugendfeuerwehren sind die Feuerwehren nicht denkbar. Hier üben die Helden von morgen. Damit werden Kinder früh an die Feuerwehr gebunden und sind oft voller Begeisterung dabei.

Projekte mit landesweiter Bedeutung sollten durch das Land gefördert werden. Zusätzlich ist zu überlegen, inwieweit das Land den Gemeinden für ihre Jugendfeuerwehren eine Sonderförderung zukommen lassen könnte. Wichtiger Bestandteil einer Förderung der Jugendfeuerwehren könnte auch sein, dass die Landesfeuerweherschule den Jugendfeuerwehren jedes Jahr während der Sommerschießzeit für eine Ausbildungswoche kostenfrei zur Verfügung gestellt wird.

Wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang, die Bedeutung der Brand- und Verkehrserziehung an den Schulen analog der Verkehrserziehung zu verstärken und die Feuerwehren mit eigenen Angeboten im Rahmen der Ganztagsbetreuung in Grundschulen zu etablieren.

GRÜNE:

In der letzten Legislaturperiode des Landtags wurden zwei Stellen an der Landesfeuerweherschule ausschließlich für die Jugendarbeit geschaffen. Auf Landesebene ist die Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg durch das an dieser Stelle notwendige hauptamtliche Personal zu fördern.

Zur weiteren Steigerung der Attraktivität können wir uns Anreize zur Mitgliederwerbung vorstellen, wie etwa Vergünstigungen beim Eintritt in öffentliche kommunale oder Landes-Einrichtungen.

SPD:

Die Arbeit in den Jugendabteilungen, sowohl in den Kommunen als auch im Land, ist essentiell für die Zukunft der Feuerwehren im Land. Nur eine aktive und attraktive Jugendarbeit sorgt dafür, dass es auch in Zukunft genügend ehrenamtliche Feuerwehrleute gibt, die die Sicherheit im Land gewährleisten.

Deshalb haben Land und Kommunen die Aufgabe, die Jugendarbeit zu fördern und so auszustatten, dass diese ihrer wertvollen Arbeit nachkommen können. Deshalb wurden zwei Stellen an der Landesfeuerwehrschule ausschließlich für den Bereich der Jugendarbeit geschaffen. Es wurde außerdem ein neues Fahrzeug für die Jugendfeuerwehren im Land (zur Unterstützung bei Zeltlagern und Jugendfreizeiten und für Werbezwecke) beschafft. Dieses Fahrzeug soll u. a. zur Unterstützung bei Zeltlagern dienen. Darüber hinaus sollen die Jugendfeuerwehren aus ihren eigenen Reihen ihre Jugendfeuerwehrlieferer hervorbringen.

FDP:

Den ersten persönlichen Kontakt zur Feuerwehr haben Kinder oft im Rahmen der Brandschutzerziehung. Viele Kinder sind dort von der Arbeit der Feuerwehr fasziniert. Diese Situation soll auch weiterhin als ein möglicher Einstieg in das Engagement bei der Feuerwehr dienen. Insgesamt sind wir der Ansicht, dass Jugendfeuerwehren uneingeschränkt förderungswürdig sind. Wir haben mit dem liberalen Jugendtag „Feuer und Flamme für Katastrophenschutz und Rettungsdienste“ im Jahr 2014 in Zusammenarbeit u. a. mit der Feuerwehr auf die Bedeutung jugendlichen Engagements hingewiesen und für Engagement bei der Feuerwehr geworben.

LINKE:

Neben der Werbung an Schulen und Universitäten und einer „Brandschutzerziehung“ kann ein attraktives Ausbildungszentrum dazu beitragen, den Bedarf an Feuerwehrynachwuchs zu decken. Dazu ist es notwendig, dass das Ausbildungszentrum technisch auf dem neuesten Stand gehalten wird. Hierzu müssen durch das Land entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung nach Übernahme des Verdienstausfalls für Ehrenamtliche, die sich in den Jugendfeuerwehren engagieren.

5. Wie kann die soziale Absicherung der Feuerwehrangehörigen in den kommenden Jahren weiter verbessert werden? Welche Rolle könnte dabei das Feuerwehrhotel Sankt Florian in Hinterzarten-Bruderhalde spielen?

CDU:

Zu einer ganzheitlichen Unterstützung des Feuerwehrwesens gehört auch, die Angehörigen der Feuerwehren vor den etwaigen Folgen ihres Einsatzes für die Gemeinschaft bestmöglich abzusichern. Insbesondere auch für die Familien der Feuerwehrleute kann das Fehlen einer solchen Absicherung existenzbedrohende Ausmaße annehmen. Zu einer sozialen Absicherung gehören neben dem Schutz des Arbeitsplatzes eine hinreichende Haftpflichtversicherung genauso wie eine Absicherung vor gesundheitlichen Folgeschäden. Bei privaten Versicherungen ist zu überlegen, inwieweit diese förderungsfähig sein könnten. Feuerwehrspezifische Versicherungen sollten optimiert werden. Die Versicherungssummen bei der Unfallkasse Baden-Württemberg sind regelmäßig zu überprüfen und den geänderten Lebensverhältnissen anzupassen.

Das Feuerwehrhotel Sankt Florian könnte ggf. durch einen weiteren geförderten Ausbau sein Kurangebot verbreitern und so zu einer Regeneration von feuerwehrspezifischen Belastungen beitragen. Ziel muss es sein, dass möglichst viele der Aktiven in den Einsatzabteilungen sich vom Angebot des Feuerwehrhotels angesprochen fühlen.

GRÜNE:

Für uns hat der Erhalt der Leistungsfähigkeit der einzelnen Feuerwehrangehörigen einen hohen Stellenwert. Daher haben wir die von der Vorgängerregierung auf 62 Jahre angehobene Sonderaltersgrenze wieder auf die Vollendung des 60. Lebensjahres herabgesetzt.

Notwendig ist auch eine stärkere psychosoziale Betreuung von Einsatzkräften nach belastenden Einsätzen; entsprechende Betreuungsangebote sollten auch im Feuerwehrhotel Sankt Florian durchgeführt werden. Das Feuerwehr-

hotel bleibt ein wichtiger Baustein in der sozialen Versorgung der Feuerwehrangehörigen.

SPD:

Die weitere Verbesserung der sozialen Absicherung von Feuerwehrangehörigen kann durch die ständige Anpassung der Freiwilligkeitsleistung des Landes nach Unfällen im Feuerwehreinsatz sowie durch die ständige Anpassung der Freiwilligkeitsleistung des Landes nach Unfällen im Feuerwehreinsatz geschehen. Hierzu gehört auch die Absicherung bei schicksalbedingten Leiden.

Das Feuerwehrhotel Sankt Florian als großes Sozialwerk des Landesfeuerverbandes ist ein Beispiel für die gute Arbeit dieses Verbandes, der diese Einrichtung aus eigener Kraft erbaut und finanziert hat. Die Renovierung des Hauses hat das Land deshalb gerne mit finanziellen Mitteln unterstützt und fördert Freizeitaufenthalte für verdiente Feuerwehrangehörige. Hier könnten in Zukunft eine noch stärkere psychosoziale Betreuung von Einsatzkräften nach belastenden Einsätzen und weitere entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden.

FDP:

Es muss regelmäßig geschaut werden, ob bei der sozialen Absicherung Defizite existieren. Gut ist, dass im Rahmen der Änderung des Feuerwehrgesetzes im Jahr 2015 die Befugnis der Gemeinden, den Angehörigen der Gemeindefeuerwehr als Freiwilligkeitsleistung finanzielle Unterstützung insbesondere zur Erholung, Aufrechterhaltung und Wiederherstellung ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit gewähren zu können, klargestellt wurde.

LINKE:

DIE LINKE setzt sich für eine umfassende Daseinsfürsorge ein. Die soziale Absicherung von Feuerwehrangehörigen gegen Risiken, die ihnen in ihrem ehrenamtlichen Engagement erwachsen, ist daher für uns eine Selbstverständlichkeit. Die regelmäßige Anpassung der sozialen Absicherung der Feuerwehrangehörigen, insbesondere durch Mehrleistungen des

Landes, bei der sozialen Absicherung durch Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband, Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. und Unfallkasse Baden-Württemberg halten wir daher für geboten.

Wir teilen die Auffassung, dass das Feuerwehrhotel Sankt Florian ein unverzichtbarer Teil des Sozialwerkes der baden-württembergischen Feuerwehren ist. Die auskömmliche Finanzierung dieser Einrichtung muss gesichert werden.

6. Welchen Beitrag kann das Land künftig zur Finanzierung des Feuerwehrwesens leisten? Beachten Sie in den kommenden Jahren die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer?

CDU:

Die CDU Baden-Württemberg weiß um den Wert lebensrettender Aufgaben in unserem Land und wird sich deshalb für eine weiterhin starke Förderung der Feuerwehren einsetzen.

Bei den gesetzlichen Regelungen, die der Arbeit der Hilfsorganisationen zugrunde liegen ist es wichtig, dass diese überprüft und den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. Hierzu gehört eben auch eine Überprüfung der finanziellen Förderungsmöglichkeiten. Im Falle eines Wahlerfolgs wollen wir mit den Feuerwehren in einen ergebnisoffenen Dialog über die diesbezüglichen Möglichkeiten eintreten.

Ziel muss es sein, die verschiedenen Ausrüstungen der Feuerwehren sowohl möglichst langfristig zu erhalten als auch regelmäßig zu erneuern. Neben der Bezuschussung der Kommunen für die erforderlichen technischen und baulichen Modernisierungen stellt auch die Finanzierung der Landesfeuerweherschule einen Schwerpunkt der Finanzierung des Feuerwehrwesens dar. Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer wollen wir auch künftig in vollem Umfang zur Förderung des Feuerwehrwesens, der Feuerweherschule und der Gefahrstoffabwehr verwenden.

GRÜNE:

Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel aus der Feuerwehrschatzsteuer zu 100 % zweckgebunden für die Feuerwehr verwendet werden.

SPD:

Wir setzen uns für die Sicherung der Zweckbindung der Feuerschutzsteuer ein. Sollte es zu neuen Verhandlungen der Föderalismuskommission kommen, plädieren wir für den Erhalt der Feuerschutzsteuer und lehnen eine Auflösung z. B. in die normale Versicherungssteuer ab.

FDP:

Wir Freie Demokraten sind dafür, dass die gesamte Feuerschutzsteuer der Feuerwehr zu Gute kommt. Diese Ansicht haben wir immer wieder im Landtag vertreten. Die grün-rote Landesregierung hat hingegen im Jahr 2013/2014 von der Ermächtigung des § 12 Absatz 2 Staatshaushaltsgesetz Gebrauch gemacht, wonach ein 50 Millionen Euro überschreitendes Aufkommen auch für Zwecke des Katastrophenschutzes und zur allgemeinen Deckung des Haushalts eingesetzt werden kann.

LINKE:

DIE LINKE setzt sich für eine auskömmliche Finanzierung der öffentlichen Daseinsfürsorge ein, also auch der Feuerwehren. Für eine flächendeckende und moderne Feuerwehr sind entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir präferieren eine Kombination der Finanzierung aus der Feuerschutzsteuer sowie garantierten Landesmitteln. Die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer werden wir beachten.

7. Wie kann die Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen in Baden-Württemberg weiter verbessert werden?

CDU:

Um den hohen Stand der Ausbildung und die professionelle Arbeit der Feuerwehr-

frauen und -männer im Land auch künftig zu garantieren, macht sich die CDU-Landtagsfraktion dafür stark, dass das Land in den kommenden Jahren noch mehr in die Menschen in unseren Feuerwehren investieren wird. Die Unterbringungsbedingungen und der technische Zustand der Gebäude der Landesfeuerweherschule müssen regelmäßig gewartet und erneuert werden.

Wir wollen sicherstellen, dass die Qualität unserer Einsatzkräfte erhalten bleibt und noch verbessert wird. Dazu wollen wir die Lehrgangsangebote und die Ausbildungskapazitäten für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren in der Landesfeuerweherschule verbessern. Qualität ist das eine. In diesem Fall muss aber auch der Quantität Rechnung getragen werden. Die Kapazitäten zur Weiterbildung bedürfen dringend einer Erweiterung. Auch müssen verstärkt Lehrgänge am Wochenende angeboten werden, um den Ansprüchen der größtenteils ehrenamtlichen Helfer gerecht werden zu können.

GRÜNE:

Notwendig sind weitere Aus- und Fortbildungsangebote über die Landesfeuerweherschule und die Akademie der Gefahrenabwehr. Dabei sind die Lehrgangsinhalte und die Lehrgangsdauer stetig auf das Notwendige anzupassen, damit die Feuerwehrangehörigen immer aktuell auf neue Aufgaben vorbereitet sind.

Wir achten darauf, durch Konzentration der Aufgaben auf das gesetzliche Aufgabenspektrum die Feuerwehren nicht zu überfordern.

Eine Verbesserung der Ausbildung prüfen wir vor allem bei den Werkfeuerwehren.

SPD:

Die Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen kann nach Meinung der SPD durch weitere Angebote in der und über die Landesfeuerweherschule verbessert werden. Außerdem setzen wir uns für die Schaffung und Finanzierung regionaler Aus- und Fortbildungszentren ein.

FDP:

Die Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen hat bereits ein hohes Niveau. Vielfach sind die Angehörigen der Feuerwehr Spezialisten auf ihrem Gebiet. Eine besondere Bedeutung hat die Landesfeuerwehrschule, die in ihrem Engagement höchste Anerkennung und Förderung verdient. Aber auch jeder in Aus- und Fortbildung Engagierte vor Ort hat seinen Anteil an der Zukunftsfähigkeit der Feuerwehr und dem hohen Maß an Professionalität im Kampf gegen Brände und Katastrophen. Die Politik ist immer wieder gefordert, ein positives Umfeld für eine hochqualifizierte Aus- und Fortbildung zu schaffen. Auch dazu führen wir mit Beteiligten wie dem Feuerwehrverband Gespräche.

LINKE:

Neben weiter zu entwickelnden einheitlichen Ausbildungsvorschriften muss die Aus- und Fortbildung entsprechend finanziell abgesichert werden. Wo das Land hierzu sinnvoll eingreifen kann, sollte es dies tun. DIE LINKE wird entsprechende Initiativen positiv begleiten.

8. Auch der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg hat die Schaffung von regionalen Aus- und Fortbildungszentren vorgeschlagen. Wie und in welchem Zeitraum können Sie sich die Realisierung dieser Zentren vorstellen?**CDU:**

Unabdingbar für eine erfolgreiche Tätigkeit der Feuerwehren ist nach unserer Ansicht auch, dass die notwendigen Trainings- und Übungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Priorität hat dabei die Verbesserung des Ausbildungsangebots an der Landesfeuerwehrschule. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich dabei jedoch auch für eine Schaffung dezentraler Ausbildungszentren der Landesfeuerwehrschule ein. Ziel muss es sein, dass möglichst viele Feuerwehrleute in erreichbarer Nähe zu ihrem Wohnort Fortbildungen erhalten können. Die Schaffung von 10 bis 14 solcher dezentraler Aus- und Fortbildungszentren wäre

sicherlich sachgerecht. Im Falle eines Wahlerfolgs planen wir die Förderung des sukzessiven landesweiten Aufbaus dieser Einrichtungen.

GRÜNE:

Wir können uns generell den Bau regionaler Aus- und Fortbildungszentren aus Feuerschutzmitteln vorstellen. Gleichwohl stehen diese Maßnahmen unter dem Finanzierungsvorbehalt bezüglich der verfügbaren Haushaltsmittel. Derzeit müssen z.B. noch die Zuwendungen für die notwendigen Feuerwehrfahrzeuge Priorität genießen.

SPD:

Wir begrüßen die Schaffung von regionalen Aus- und Fortbildungszentren. Diese könnten aus Feuerschutzsteuermitteln finanziert werden.

Der Finanzierungszeitraum steht in Abhängigkeit der eingehenden Feuerschutzsteuer und dem Antragsvolumen der Feuerwehren und möglicherweise anderer Investitionen und Finanzierungsvorhaben. Davon abhängig ergibt sich der Finanzierungszeitraum, der aus heutiger und unserer Sicht zwischen drei und sechs Jahren liegen könnte.

FDP:

Früher existierten auf dem Gebiet Baden-Württembergs mehrere Feuerweherschulen. In Folge der Gründung des Bundeslandes wurden diese zusammengelegt. Heute verfügt die Landesfeuerwehrschule über einen Hauptstandort und eine Übungsanlage. Über die Schaffung weiterer Zentren ist zu diskutieren, Vor- und Nachteile sind abzuwägen. Wenn man dann neue Zentren errichten will, sollten diese zeitnah realisiert werden, damit die Feuerwehr möglichst schnell von ihnen profitieren kann.

LINKE:

Wir können uns vorstellen, dass regionale Aus- und Fortbildungszentren in der kommenden Legislaturperiode des Landtages realisiert werden. Eine Linksfraktion im Landtag wird diesen Prozess unterstützend begleiten.

9. Wie stellen Sie sich die Zukunft des Katastrophenschutzes in Baden-Württemberg vor?**CDU:**

Der Katastrophenschutz in Baden-Württemberg hält ein modernes und effizientes Hilfeleistungssystem vor, mit dem die Menschen in Baden-Württemberg bestmöglich gegen Naturkatastrophen und vergleichbare andere schwerwiegende Schadenslagen und Gefahren geschützt werden. Diesen Stand des Katastrophenschutzes gilt es auch zukünftig zu sichern und möglichst weiter auszubauen. Dabei muss sich der Katastrophenschutz auch für die Bewältigung von Infrastrukturkrisen, wie einen langfristigen Ausfall der Strom- und Wasserversorgung, aufstellen können.

Die demografische Entwicklung, die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte sowie die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu ehrenamtlicher Arbeit wird auch die im Katastrophenschutz tätigen Organisationen in den nächsten Jahren beeinflussen. Es ist wichtig, dass das Land für die Träger des Katastrophenschutzes auskömmliche Finanzierungsmöglichkeiten bereitstellt.

GRÜNE:

Die Anforderungen an den Katastrophenschutz müssen bei der Ausstattung und Ausbildung an die neue Bedrohungslage angepasst werden. Wir befürworten die Regelung, wonach ehrenamtlich tätige Angehörige von im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen auf Anforderung des Bürgermeisters oder des Technischen Einsatzleiters bei ihrer Organisation am Einsatz mitwirken können. Damit ist im Weiteren klargestellt, dass sie in diesen Fällen hinsichtlich der Ansprüche auf Sachschadenersatz sowie Ersatz des Verdienstausfalls den ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen gleichgestellt sind und die Ansprüche gegenüber der Gemeinde den Hilfe leistenden Personen unmittelbar zustehen. Der Bund darf aus seiner gesetzlich verankerten Zuständigkeit und Verantwortung nicht entlassen werden!

SPD:

Der Katastrophenschutz ist in Baden-Württemberg, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, gut aufgestellt. Zuletzt profitierte der Katastrophenschutz von einer Einigung der Innenminister die beinhaltet, dass sich der Bund in Zukunft finanziell stärker an den Kosten des Katastrophenschutzes beteiligt.

Grün-Rot stellt aus allgemeinen Haushaltsmitteln jährlich 2,8 Millionen Euro für die Beschaffung von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten zur Verfügung. Die Einsatzfähigkeit des Katastrophenschutzes muss aus Sicht der SPD in den nächsten Jahren zwingend auf die Bedrohungslage angepasst werden. Dies betrifft vor allem die Ausbildung und die Ausstattung (Gefahr von Anschlägen in Verbindung mit Kampfmitteln).

FDP:

Unter anderem beim liberalen Jugentag „Feuer und Flamme für Katastrophenschutz und Rettungsdienste“ im Jahr 2014 konnten Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Rettungsdienste zeigen, wie gut die Kooperation im Katastrophenschutz funktioniert. Wir wollen das bisherige Modell beibehalten. Erforderlich ist dazu, dass die für den Katastrophenschutz verantwortlichen Institutionen entsprechend gefördert werden. Mit dem Terrorismus hat uns eine neue Dimension der Bedrohung erreicht. Wichtiger denn je ist nicht nur das Land, sondern auch der Bund gefragt. Bund und Länder haben dafür Sorge zu tragen, dass unser Land selbst gegen bewusst ausgelöste Katastrophen bestmöglich gewappnet ist. In Regierungsverantwortung werden wir das Thema aktiver angehen als es die derzeitige Landesregierung tut.

LINKE:

Der Katastrophenschutz in Baden-Württemberg muss stetig überprüft, auf dem

neuesten Stand gebracht und gegebenenfalls angepasst werden. Hierfür ist die Koordination der zivilen Einsatzkräfte bestmöglich zu gewährleisten. Dafür setzt sich DIE LINKE ein. Die zunehmende Einbindung der Bundeswehr in den Katastrophenschutz sehen wir kritisch. Militärische und zivile Aufgaben sind zu trennen.

10. Welchen Stellenwert hat die Arbeit der Feuerwehrverbände auf Kreis- und Landesebene? Welche Unterstützung der Verbandsarbeit ist künftig denkbar?

CDU:

Der Landesfeuerwehrverband und seine Kreisverbände sind ein wichtiger Mittler zwischen der Politik und den Belangen der Feuerwehren. Als Interessensvertretungen sind sie ein unverzichtbares Sprachrohr der Angehörigen der Feuerwehren geworden. Die CDU-Landtagsfraktion sieht sich seit jeher als Partner des Landesfeuerwehrverbandes und pflegt daher auch den regelmäßigen Austausch auf Augenhöhe. Dies wollen wir sowohl in den Wahlkreisen durch die einzelnen Mitglieder der Fraktion, wie auch auf Landesebene so fortsetzen und intensivieren. Im Falle eines Regierungswechsels wollen wir das gewachsene gegenseitige Vertrauen als Fundament eines verständnisvollen Dialogs über die Weiterentwicklung des Feuerwehrwesens in unserem Land nutzen. Eine Förderung des weiteren Ausbaus des Feuerwehrhotels Sankt Florian werden wir wohlwollend prüfen.

GRÜNE:

Wir sind in unserer politischen Arbeit auf die Feuerwehrverbände als starke Stimme der Feuerwehren im Land und in den Kreisen angewiesen.

SPD:

Die Arbeit der Feuerwehrverbände hat für uns einen hohen Stellenwert und ist eine Interessensvertretung, deren fachliche Meinung zu Fragen der Feuerwehrarbeit uns außerordentlich wichtig ist. Wir wissen, dass sie ihre Aufgaben überwiegend ehrenamtlich übernehmen und sind sehr dankbar für ihr Engagement.

Die Feuerwehrverbände sind uns ein wichtiger Gesprächspartner, wenn es um die Interessen der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren, der Angehörigen der Werkfeuerwehren, der hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen sowie der Angehörigen der Jugendfeuerwehren, der Seniorenabteilungen und der Musikzüge geht. Besonders freuen wir uns auch über das Engagement in den sozialen Einrichtungen der Feuerwehren und die enge Kooperation mit den anderen Hilfsorganisationen des Bevölkerungsschutzes.

Die Feuerwehrverbände sehen wir als wichtige Partner und als unabhängige Interessensbekunder für die Einsatzfähigkeit der Feuerwehren und damit für die Sicherheit der Menschen in unserem Land.

FDP:

Die Arbeit der Feuerwehrverbände ist als Interessenvertretung der Feuerwehr wichtig. Wir schätzen die Verbände als kompetente Gesprächspartner und werden auch in Zukunft das Gespräch mit ihnen suchen. Wie bisher werden wir Anliegen der Feuerwehr (-verbände) in den Landtag tragen und so diskutierend thematisieren. Es ist uns wichtig, dass wir im Zuständigkeitsbereich der Feuerwehr Entscheidungen erst dann fällen, wenn wir auch mit den Feuerwehrverbänden über das Für und Wider von Maßnahmen diskutiert haben.

LINKE:
